

Weltpolitischer Machtanspruch

Vor 20 Jahren marschierte die BRD in Jugoslawien in ihren ersten Krieg. Heute will sie international »Führung übernehmen«. **Von Jörg Kronauer**

Die Karawane ist angekommen. »Aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung« stehe Deutschland »in der Verantwortung«, »die globale Ordnung aktiv mitzugestalten«. Das behauptet wörtlich die jüngste Entwurfsfassung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr, das die Bundesregierung noch vor der diesjährigen Sommerpause verabschieden will. Schwarz auf weiß: Der deutschen Außenpolitik geht es um nichts Geringeres als um eine aktive Einflussnahme auf die Weltordnung, um nichts anderes als eine globale Machtpolitik also. Wer die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren aufmerksam beobachtet hat, den kann das nicht wirklich überraschen; aber dennoch lässt die Formulierung eines erkennen: Das deutsche Politestablishment fühlt sich inzwischen stark genug, seinen weltpolitischen Machtanspruch in aller Offenheit zu formulieren.

Den Weg, den die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren außenpolitisch zurückgelegt hat und der sich nun im neuen Weißbuch widerspiegelt – diesen Weg zeigt ein knapper Vergleich mit dem nun abzulösenden Weißbuch aus dem Jahr 2006. Von aktiver deutscher Gestaltung der »globalen Ordnung« war darin noch nicht die Rede. Deutschland falle eine »wichtige Rolle« für »die künftige Gestaltung Europas« zu, hieß es darin, und das entsprach dem damaligen Stand der Dinge: Gerade auch auf deutsches Drängen bereitete die EU sich damals auf gemeinsame Kriegseinsätze vor, arbeitete nach dem Scheitern der EU-Verfassung bei Referenden in Frankreich und in den Niederlanden an ihrer inneren Formierung mit Hilfe des Vertrags von Lissabon und nahm langsam die Anbindung der Ukraine und der südkaukasischen Staaten mittels Assoziierung in den Blick. Zwar hieß es im damaligen Weißbuch, »Europa« müsse »seinen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit« wahrnehmen; mit diesem Anspruch bewegte sich die Bundesregierung jedoch noch auf der Ebene einzelner Konflikte, nicht der gesamten »Ordnung«, und er wurde unter Einbindung der EU formuliert.

Seitdem hat sich viel getan. Im deutsch-französischen Streit um die Art und Weise des Vorgehens in der Euro-Krise hat die Bundesrepublik sich als die offen dominierende Macht der EU etabliert. Anfang 2011 hat die offiziöse Zeitschrift *Internationale Politik*, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik



Üben schon mal das »Eindämmen und Kontrollieren« größerer Menschenmengen: Manöver des deutschen Einsatzkontingents Kfor im Kosovo am 13.03.2016

(DGAP) herausgegeben wird, das Eis gebrochen, öffentlich die »Entstehung einer deutschen EU-Kanzlerschaft« proklamiert und Angela Merkel zur »EU-Kanzlerin« erklärt. Seitdem ist es opportun, gelegentlich auch offen von einer »deutschen Führung« der EU zu reden, und so heißt es denn auch im aktuellen, jetzt zur endgültigen Abstimmung stehenden Weißbuch-Entwurf, Deutschland werde als »zentraler Akteur« in Europa wahrgenommen.

Im Herbst 2013 hat das Berliner Politestablishment dann begonnen, dem Publikum mitzuteilen, Deutschland, die Vormacht der EU, werde in der Weltpolitik »künftig öfter und entschiedener führen müssen«. So formuliert es das von rund 50 hochrangigen Politikern, Ministerialbeamten, Akademikern und Journalisten erarbeitete Strategiepapier »Neue Macht – Neue Verantwortung«, das die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Oktober 2013 publizierte. Damals begann Bundespräsident Joachim Gauck, die Kerngedanken dieses Papiers an die Öffentlichkeit zu tragen, die Bevölkerung auf deutsche Militäreinsätze in aller Welt vorzubereiten und deutsche Entschlossenheit zu fordern, den globalen »Ordnungsrahmen zu formen«. Letzteres äußerte er in seiner vielzitierten Rede bei der »Münchener Sicherheitskonferenz« Anfang 2014. Das neue Weiß-

buch schreibt das präsidiale Kriegsgestrommel nun als Leitlinie staatlichen Handelns fest.

Für die deutsche Weltpolitik, der es darum gehen müsse, international »Führung zu übernehmen«, nennt der aktuelle Weißbuch-Entwurf vier strategische Prioritäten. Nummer eins ist der Schutz der eigenen staatlichen Souveränität, militärisch ausgedrückt: die Landesverteidigung. Nummer zwei ist die Bündnissolidarität, die als »Teil deutscher Staatsräson« eingestuft, also hoch gehängt wird. Dabei geht es nicht nur um die NATO, deren europäischen Pfeiler zu stärken die Bundesrepublik laut Weißbuch-Entwurf eine »besondere Verantwortung« habe. Auch die Militärpolitik der EU soll weiter ausgebaut werden. Deutschland wird also militärisch weiterhin zweigleisig fahren: mit der NATO, wo es etwa gegen Russland geht, mit der EU, wo man – wie in Mali oder im Mittelmeer – eigene Ordnungsansprüche durchsetzen zu können meint. Und, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Deutsche Interessen haben Vorrang vor Bündnissolidarität. »Unsere gewachsene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik führt weder zu Automatismen noch zu Handlungszwängen, die unseren Werten und Interessen (!) zuwiderlaufen oder das Maß unserer Möglichkeiten überdehnen«,

heißt es in der jüngsten Entwurfsfassung. Krieg geführt wird also weiter nur in explizit deutschem Interesse.

Die strategischen Prioritäten Nummer drei und vier sind nicht wirklich neu. Nummer drei ist die Absicherung der für die deutsche Wirtschaft so wichtigen globalen Transport- und Handelswege sowie der ebenfalls unverzichtbaren Rohstoff- und Energieversorgung; all dies fand sich schon im letzten Weißbuch, wird nun aber zur Priorität aufgewertet. Nummer vier besteht im Vorbeugen und gegebenenfalls im Eindämmen von Krisen und bewaffneten Konflikten; das ist faktisch ein Freibrief für Interventionen jeglicher Art und an jedem Ort, denn Konflikten vorbeugen kann man immer und überall. Kaum mehr als 20 Jahre ist es her, dass die ersten Einsätze deutscher Soldaten im zerfallenden Jugoslawien heftige Diskussionen auslösten. Heute will die Bundesrepublik nun gleich die Weltordnung mitgestalten. Die Karawane ist angekommen.

■ Siehe Seite 8

Lesen Sie auf www.jungewelt.de

Auftrag Krieg

NATO – Schild und Schwert der Metropolen

■ <http://www.jungewelt.de/nato>

Dossier

■ Bewährte Doppelstrategie: Konfrontation und Kooperation mit Russland

In seinen Aussagen zur Russland-Politik schreibt das neue Weißbuch der Bundeswehr die bewährte Doppelstrategie fest, der die Bundesregierung seit den Umbrüchen des Jahres 2014 folgt. Moskau habe mit der Übernahme der Krim und mit der Unterstützung für die Ostukraine »die europäische Friedensordnung offen in Frage« gestellt, heißt es in der jüngsten Entwurfsfassung. Zwar ist die »Ordnung« in Europa nicht friedlich gewesen, wie die Jugoslawien-Kriege gezeigt haben; ebenjene Kriege haben aber auch demonstriert, dass es stets klar war, wer im

Zweifelsfall bestimmt, wo es langgeht, und damit »Ordnung« schafft – nämlich Deutschland und die USA. Letzteres hat Moskau in der Tat in Frage gestellt, indem es 2014 die Krim übernahm und damit das »Ordnungs«-Monopol des Westens zum ersten Mal brach. Das beschränkt den westlichen Machtanspruch, daher tolerieren dies weder Berlin noch Washington. Russland präsentiere sich mittlerweile sogar als »eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Geltungsanspruch«, rügt der aktuelle Weißbuch-Entwurf: Dies erfordere erst recht Antworten nicht nur

der EU, sondern auch der NATO. »Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland (...) auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen«, fasst der Weißbuch-Entwurf zusammen; gegen »Herausforderungen« aber gehen die westlichen Mächte bekanntlich offensiv vor.

Allerdings ist die Konfrontation – ganz wie im ersten Kalten Krieg – nur die eine Seite der Medaille. Sicherheit und Wohlstand in Europa seien »nicht ohne eine belastbare Kooperation« mit Russland zu haben, heißt es ebenfalls

im Weißbuch-Entwurf. Eine belastbare Kooperation – das liefe wohl darauf hinaus, zunächst die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder zu stärken, die unter den Sanktionen erheblich gelitten hat. Die Bemühungen darum dauern an. Erst kürzlich hat das »east forum«, eine hochrangig besetzte Wirtschaftskonferenz in Berlin, die »Chancen für einen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok« ausgelotet; am Montag hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in einer Rede vor dem Deutsch-Russischen Forum betont, Sanktionen seien »kein Selbstzweck«, und eine

schrittweise Abkehr von ihnen gefordert. Beides, sowohl die Konfrontation wie auch die Kooperation, sei wichtig, heißt es im Weißbuch-Entwurf; es komme nur auf »die richtige Mischung« an. Um diese zu bestimmen, könne es helfen, einen »Blick auf das Erbe der Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt« zu werfen, hat Steinmeier am Montag empfohlen. Der Hinweis ist wertvoll, denn die sozialliberale Ostpolitik ermöglichte bekanntlich beides: das profitable Erdgas-Röhren-Geschäft ebenso wie den strategischen Sieg über die Sowjetunion.

Jörg Kronauer

■ Hintergrund Strategische Grundlinien

Die strategischen Linien, die das neue Weißbuch zieht, bringen einige neue Festlegungen für die Bundeswehr mit sich. So soll die Truppe im Rahmen der Konfrontationspolitik gegenüber Russland regelmäßig die Führung der sogenannten NATO-Speerspitze übernehmen, die besonders schnell intervenieren kann und über kleine Stützpunkte in fünf Ländern Ost- und Südosteuropas verfügt. Der Wille, der EU zu militärischer Schlagkraft zu verhelfen, ist weiter vorhanden; doch weil einige Länder, vor allem Großbritannien, sich der von Berlin gewünschten EU-Armee beharrlich verweigern, da sie den mit ihr verbundenen Souveränitätsverlust ablehnen, setzt das Weißbuch auf das Konzept der »Rahmennation«: Große Staaten, etwa Deutschland, sollen die Truppen kleinerer Länder mehr oder weniger in ihre eigenen Streitkräfte einbinden. Die Bundeswehr exerziert das seit geraumer Zeit in wachsendem Umfang mit den Niederlanden vor, deren Militär immer enger mit dem deutschen verschmolzen wird.

Zumindest im Ansatz wertet das neue Weißbuch die Kriegsmarine auf. Denn nimmt man es ernst, dass in Zukunft die weltweiten Handelswege stärker militärisch gesichert werden sollen, dann kommt man an der Flotte kaum vorbei: Schließlich sind mit den Handelswegen nicht die Europastraße 40 von Calais bis Kiew, sondern Seewege wie etwa diejenigen am Horn von Afrika oder die Straße von Malakka zwischen Indonesien, Singapur und Malaysia gemeint. Gestärkt wird zudem, wenn auch nicht im ursprünglichen geplanten Umfang, der Bundessicherheitsrat. In ihm treffen die Kanzlerin und ihr Amtschef mit mehreren Ministern, vor allem mit denjenigen für Verteidigung, Äußeres, Inneres und Wirtschaft, zusammen. Bislang waren sie hauptsächlich damit befasst, Rüstungsexporte zu genehmigen. Künftig soll der Bundessicherheitsrat sich »kontinuierlich« mit strategischen Fragen befassen und »strategischer Impulsgeber« sein. Er wird also die Gestaltung der Außen- und Militärpolitik noch stärker als bisher in einem kleinen, verschworenen Kreis konzentrieren. Das soll der Berliner Weltpolitik größere Schlagkraft verschaffen. Der parlamentarischen Kontrolle entzieht es sie freilich noch mehr.

(jk)